

Press release**Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften
Dr Harald Rösch**

12/23/2013

<http://idw-online.de/en/news567570>Research results, Scientific Publications
Biology, Politics, Social studies
transregional, national

MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

Demokratie zahlt sich aus**Die Mehrheit will, dass Steuersünder bestraft werden und es der Gesellschaft gut geht**

In größeren Gemeinschaften halten sich Einzelne nicht immer an die Regeln und nützen oft die Kooperationswilligkeit von anderen aus. Einrichtungen wie die Polizei sollen vor Fehlverhalten wie beispielsweise Steuerbetrug schützen. Doch solche Institutionen entstehen nicht von selbst, denn sie kosten Geld, das jeder Einzelne aufbringen muss. Ein interdisziplinäres Forscherteam unter der Leitung von Manfred Milinski vom Max-Planck Institut für Evolutionsbiologie in Plön hat in einem experimentellen Spiel untersucht, unter welchen Bedingungen solche Institutionen trotzdem entstehen können. Demnach schneidet eine Spielergruppe dann besonders gut ab, wenn sie zuvor aus eigenen „Steuermitteln“ eine übergeordnete Institution eingerichtet hat, die sowohl Trittbrettfahrer als auch Steuersünder bestraft. Allerdings richten die Gruppen nur dann Institutionen ein, die Steuerhinterziehung ahnden, wenn sie dies in einer demokratischen Mehrheitsentscheidung beschlossen haben. Demokratie erlaubt also die Schaffung von Regeln und Institutionen, die zwar individuelle Opfer verlangen, die aber für die Gruppe am besten sind. Die Chancen für eine Einigung auf weltweit gemeinsame Maßnahmen zum Klimaschutz sind demnach unter demokratischen Bedingungen höher.

In den meisten modernen Staaten werden zentrale Institutionen durch öffentliche Steuern finanziert. Dazu müssen aber Steuersünder auch bestraft werden. Ist ein solches System erst einmal etabliert, dann ist das auch gut für die Gemeinschaft: Das Zusammenleben wird einfacher, und gemeinsame Normen werden eingehalten. Solche vorteilhaften Institutionen entstehen aber nicht von selbst. Vielmehr muss sich die Gemeinschaft zuvor einig werden, ob eine gemeinsame Bestrafungs-Instanz überhaupt sinnvoll ist, und mit welchen Vollmachten sie ausgestattet werden soll. Dass dies nicht immer gelingt, zeigt sich am Beispiel des Klimaschutzes. Aber wie kann sich eine Gemeinschaft auf sinnvolle Institutionen und Selbstbeschränkungen einigen?

In einem modifizierten Öffentlichen-Güter-Spiel überließen die Max-Planck-Forscher den Teilnehmern die Entscheidung, ob sie mit ihrem Startkapital Steuern für eine Polizei-Institution bezahlen. Zusätzlich können sie Geld in einen gemeinsamen Topf einzahlen. Die Summe wird anschließend verdreifacht und an alle Teilnehmer ausbezahlt. Wurden zuvor Steuern entrichtet, werden Trittbrettfahrer, die sich nicht am Gruppentopf beteiligt haben, von der Polizei bestraft. Ohne Steuern gibt es jedoch keine Polizei und die Gruppe läuft Gefahr, dass niemand in den gemeinsamen Topf einzahlt.

Bestraft die Polizei sowohl Trittbrettfahrer als auch Steuersünder, dann setzt sich im Experiment schnell kooperatives Verhalten durch. Werden Steuersünder aber nicht bestraft, wendet sich das Blatt: Die Teilnehmer drücken sich vor den Steuern. Ohne Polizei gibt es dann auch keinen Anreiz mehr in den Gruppentopf einzuzahlen. Dadurch sinkt der Gewinn der Gruppenmitglieder. Letztlich profitiert also jeder Einzelne, wenn Steuersünder bestraft werden.

Aber können die Teilnehmer diese Entwicklung vorhersehen? Um dies zu überprüfen, ließen die Wissenschaftler den Teilnehmern die Wahl: Nun durften die Teilnehmer individuell entscheiden, ob sie einer Gruppe beitreten, in der die Polizei auch Steuersünder bestraft. Alternativ konnten sie eine Gruppe wählen, in der nur die Teilnehmer sanktioniert

werden, die nicht in den Gemeinschaftstopf einzahlen. Vor diese Wahl gestellt bevorzugten die meisten eine Gemeinschaft ohne Strafen für Steuersünder – mit der Folge, dass kaum Steuern einbezahlt wurden, und danach auch die Beiträge in den Gruppentopf zurückgingen.

In einer zweiten Versuchsreihe konnten die Spieler stattdessen durch eine demokratische Abstimmung bestimmen, ob die Polizei für alle folgenden Runden bevollmächtigt sein soll, auch Steuersünder oder nur Trittbrettfahrer zu bestrafen. Nun votierten die Spieler eindeutig für Institutionen, bei denen auch Steuersünder bestraft werden. „Menschen sind oft bereit, sich selbst Regeln aufzuerlegen – aber nur wenn sie wissen, dass diese Regeln für alle gelten“, fasst der Erstautor der Studie Christian Hilbe die Ergebnisse zusammen. Durch eine Mehrheitsentscheidung wird sichergestellt, dass alle Teilnehmer in gleicher Weise vom Wahlausgang betroffen sind. Das erleichtert es, Regeln und Institutionen einzuführen, die zwar individuelle Opfer verlangen, die aber für die Gruppe am besten sind.

Dass Mehrheitsentscheidungen besser sind, zeigte sich auch bei den Gewinnen der Teilnehmer: Die Gruppen, die demokratisch wählen konnten, waren kooperativer, und haben deshalb auch höhere Gewinne erzielt. „Demokratie zahlt sich aus – im wahrsten Sinne des Wortes“, sagt Manfred Milinski. „Auch beim Problem der globalen Erwärmung könnte mehr Demokratie sicher nicht schaden.“

Originalveröffentlichung:

Democratic decisions establish stable authorities that overcome the paradox of second-order punishment
Christian Hilbe, Arne Traulsen, Torsten Röhl, and Manfred Milinski
PNAS, 23. Dezember 2013

Kontakt:

Prof. Dr. Manfred Milinski
Max-Planck-Institut für Evolutionsbiologie
Tel: +49-(0)4522 763-254
email: milinski@evolbio.mpg.de

Dr. Christian Hilbe
Max-Planck-Institut für Evolutionsbiologie
Tel: +49-(0)4522 763-237
email: hilbe@evolbio.mpg.de